

Trump verbietet Transgender-Soldaten den Militärdienst: Proteste entflammen!

US-Präsident Trump hat beschlossen, Transgender-Soldaten vom Militärdienst auszuschließen, eine Wendung, die große Kontroversen auslöst.



Washington, D.C., USA - Der US-Präsident Donald Trump hat mit einer neuen Bestimmung den Ausschluss von Transgender-Personen aus dem Militärdienst angeordnet. Diese Entscheidung folgt einer zuvor erweiterten Richtlinie des Verteidigungsministeriums, die bereits im Januar erlassen wurde. Laut diesem Dokument wird Transgender-Personen der Zugang zur Armee und der Militärdienst verwehrt, es sei denn, sie könnten eine Ausnahmegenehmigung erhalten. Wie **oe24** berichtet, wird das Militär außerdem diese Soldaten innerhalb von 30 Tagen identifizieren und entlassen. In dieser festgelegten Politik wird unterstrichen, dass Transgender-Identitäten nicht mit den geforderten militärischen Eigenschaften wie „Demut und Selbstlosigkeit“ vereinbar wären.

Politische Dimensionen der Entscheidung

Trump selbst erklärte, dass mehr Untersuchungen erforderlich seien, um zu bestätigen, dass die Anwesenheit von Transgender im Militär nicht die Effektivität oder den Zusammenhalt der Streitkräfte beeinträchtigen würde. Er sprach darüber hinaus von den „enormen medizinischen Kosten“, die der Dienst von Transgender-Soldaten mit sich bringe, wie **Tagesspiegel** detailliert beschreibt. Diese Argumentation wurde von mehreren Studien als unhaltbar zurückgewiesen, die zeigten, dass die jährlichen Kosten für medizinische Behandlungen zwischen 2,4 und 8,4 Millionen Dollar lägen – ein Bruchteil des Pentagon-Budgets.

Aktivisten und frühere Militärangehörige, darunter Chelsea Manning, kritisieren diese Maßnahmen scharf und warnen davor, dass Trump mit dieser Politik nicht nur Transgender-Personen angreife, sondern auch Hass und Vorurteile normalisiere. Wie die Berichte zeigen, sind innerhalb des Militärs schätzungsweise bis zu 15.000 Transgender-Soldaten aktiv, obwohl offizielle Zahlen weit darunter liegen. Trumps Entscheidung ist Teil einer größeren Strategie, die in seinem Kabinett von trans- und homophoben Haltungen geprägt ist, besonders unter Einfluss seines Vizepräsidenten Mike Pence, der sich aktiv gegen die Gleichstellung der LGBTQ+ Gemeinschaft einsetzt.

Details	
Vorfall	Diskriminierung
Ursache	Politik der US-Regierung
Ort	Washington, D.C., USA
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.oe24.at• www.tagesspiegel.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at